

# Fragebogen

(mit der Bitte um Rücksendung bis spätestens zum 20.07.2009)  
an den

Bund der Steuerzahler Deutschland e.V.  
Französische Straße 9-12

10117 Berlin

Fax: 030-25 93 96 25

E-Mail: [farbe-bekennen@steuerzahler.de](mailto:farbe-bekennen@steuerzahler.de)

Vor dem Hintergrund der umseitigen Ausführungen fragt Sie der Bund der Steuerzahler:

1. Würden Sie sich als Mitglied des 17. Deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass im Laufe der Legislaturperiode 2009 bis 2013 das Abgeordnetengesetz reformiert wird, sodass Bundestagsabgeordnete dann keine Ansprüche auf eine steuerfinanzierte Altersentschädigung mehr erwerben, sie aber im Gegenzug aus einer erhöhten Abgeordnetenentschädigung eine individuelle Altersvorsorge betreiben können?

Ja

Nein

(nicht durch erhöhte Entschädigung um eine indiv. AV zu betreiben.)

Warum nicht: Ich teile die Kritik im ersten Teil der Frage hinsichtlich des zu schmelzen Erwerbs von Ansprüchen. Aber: Nach meinem Verständnis sollte es bei der Altersvorsorge darum gehen die gesetzl. Rente wieder zur tragenden Säule der Alterssicherung zu machen. Keine Berufsgruppe sollte Sonderstatus genießen oder auf eine individuelle Altersvorsorge angewiesen sein. Private Altersversicherungen lehne ich ab. Stattdessen sollten die Privaten in eine gesetzliche

2. Würden Sie sich als Mitglied des 17. Deutschen Bundestages dafür einsetzen, dass der Solidaritätszuschlag im Laufe der Legislaturperiode 2009 bis 2013 abgeschafft wird?

Ja

Nein

Warum nicht: Auch wenn künftig weniger Mittel für den Solidaritätspaket Ost gebraucht werden, bleibt der Solidaritätszuschlag eine sozial sehr gerechte Abgabe. Eine Abschaffung des SZ würde einseitig Großverdienende und Unternehmer entlasten = Normalverdienende jedoch kaum.

Leipzig, 19.07.09

Ort, Datum

MIKE NAGLER

Vorname, Name, Partei

M. Nagler

Unterschrift